

KLIMAWANDEL IM SAARLAND

Schwerpunkt

Die Menschheit steht vor einer ihrer größten Herausforderungen. Spätestens seit dem Sonderbericht des Weltklimarates im Oktober 2018 wissen wir, wie weitreichend und umfassend wir handeln müssen, wollen wir die Auswirkungen des Klimawandels halbwegs in den Griff bekommen. Und wir können nicht mehr länger mit dem Klimaschutz warten, die Zeit wird langsam knapp.

Die Auswirkungen des weltweiten Temperaturanstieges passieren nicht irgendwo weit weg auf dieser Erde. Nein, auch bei uns bekommen wir die Auswirkungen immer stärker zu spüren, wie uns die extremen Trocken- und Warmphasen, aber auch die Starkregenereignisse zeigen. So schön es auch sein mag, im T-Shirt im Oktober unterwegs zu sein, werden doch viele Menschen zunehmend nachdenklich.

Was können wir also tun, um die Erwärmung des Klimas zu begrenzen? Neben Maßnahmen zur Reduzierung unseres Ausstoßes an Treibhausgasen rückt zunehmend auch die Diskussion über Strategien zur Klimaanpassung in den Blickpunkt. Auch wenn der Beitrag des Saarlandes für den weltweiten Klimaschutz gering erscheinen mag, dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen. Wir müssen handeln, und zwar jetzt und nicht irgendwann einmal.

Seite 10

Bericht Weltklimarat

Weckruf für mehr Klimaschutz

Seite 11

Effekte des Klimawandels

Tiere und Pflanzen im Saarland

Seite 12–13

Ein ökologisch-ökonomisches Zukunftsthema

Wald im Klimawandel

Seite 14

Klimaschutz im Saarland

Alles im grünen Bereich?

Seite 15

BUND Saar im Gespräch mit der IZES gGmbH

Klimawandel – Synergetisch. Aktiv. Akteursbezogen. Regional.

Seite 16–17

Appell: Mehr Gestaltungswille und eine neue Prioritätensetzung in der Verkehrspolitik!

Verkehrswende Saarland. Jetzt!

Weckruf für mehr Klimaschutz

Anfang Oktober dieses Jahres hat der Weltklimarat einen Sonderbericht veröffentlicht, der zeigt, dass die katastrophalen Folgen des Klimawandels schon bei einer globalen Erwärmung von mehr als 1,5 Grad eintreten werden. Der Bericht ist ein Weckruf an Politik und Gesellschaft, endlich zu handeln. Denn rund 1,0 Grad Erwärmung haben wir schon erreicht.

In den letzten Wochen und Monaten haben viele Menschen auch bei uns in Deutschland ein Gefühl dafür bekommen, was für ein Wetter uns in Zeiten des Klimawandels zunehmend drohen wird: Lange Trocken- und Wärmephasen, unterbrochen durch teils katastrophale Starkregen, die uns dieses Jahr auch im Saarland getroffen haben. Es tritt damit genau das ein, wovon uns Klimaforscher immer wieder gewarnt haben.

Und auch weltweit ist eine Zunahme von katastrophalen Ereignissen zu verzeichnen. Rekord-Stürme, Waldbrände, Dürren, Hitzewellen und Überschwemmungen – das Weltklima gerät zunehmend aus den Fugen. Dabei liegt die Erwärmung erst bei einem Grad. Die Situation könnte sich weiter verschlimmern, wenn die Temperaturen weiter steigen und die 1,5 Grad erreichen. Und richtig verheerend könnte es werden, wenn die 2-Grad-Marke oder mehr erreicht wird, warnen die Klimaforscher in ihrem Bericht.

Anstieg unvermeidlich

Der Weltklimarat berichtet weiter, dass die Grenze von 1,5 Grad schon in elf Jahren erreicht sein könnte, sofern es nicht zu einer beträchtlichen Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen kommt. Das ermutigende Ergebnis des Berichtes ist auch, dass selbst wenn wir heute schon mit einer drastischen Reduzierung beginnen würden, könnte man das Erreichen der 1,5-Grad-Marke

nicht mehr verhindern. Nur der Zeitpunkt, wann diese Marke erreicht werden würde, ließe sich dadurch nach hinten verschieben.

Sind nun die Maßnahmen zur Begrenzung des Temperaturanstieges ausreichend? Klare Antwort des Weltklimarates: Nein, sie reichen nicht. Die derzeitigen Pläne und Programme der Staaten, die infolge des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2015 erstellt wurden, werden die globale Erwärmung bis zum Jahr 2100 auf mindestens 3 Grad hoch treiben, so die Forscher. Eine Stabilisierung der Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad, wie in Paris vereinbart, ist in weite Ferne gerückt, wenn nicht sogar unmöglich, ist von den Klimaforschern zu hören.

Was ist zu tun?

In dem Bericht werden Maßnahmen aufgezeigt, wie die Erwärmung auf 1,5 Grad begrenzt werden kann. Klar ist: Das große Problem des menschengemachten Klimawandels erfordert auch große und weitreichende Lösungen. „Die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze ist eine moralische Verpflichtung, eine Frage der Gerechtigkeit. Jedes Zehntel Grad, das wir reduzieren können, wird Menschenleben retten und ist zur Bewahrung von Lebensräumen für Tiere und Pflanzen essentiell“, kommentiert der BUND-Vorsitzende Prof. Dr. Hubert Weiger den Bericht.

All diese Lösungen, so der Bericht, erfordern einen beispiellosen Aufwand, um die Nutzung fossiler Brennstoffe binnen weniger als 15 Jahren zu halbieren und binnen 30 Jahren fast vollständig einzustellen. Konkret würde das nach einem Bericht von Stephen Leahy bei National Geographic bedeuten: Kein Haus, keine Firma, keine sonstigen Gebäudekomplexe dürfen mit Gas oder Öl geheizt werden. Keine Fahrzeuge dürfen mit Diesel oder Benzin fahren. Alle Gas- und Kohlekraftwerke müssen den Betrieb einstellen. Die petrochemische Industrie muss vollständig auf nachwachsende Rohstoffe umstellen. Schwerindustrien wie die Produktion von Aluminium und Stahl müssen entweder CO₂-freie Energiequellen nutzen oder ihre CO₂-Emissionen mit Hilfe anderer Technologien einfangen und dauerhaft einlagern.

Fazit des Berichtes

Der Bericht zeigt, dass die Menschheit vielleicht vor ihrer größten Herausforderung steht: der Beschränkung des weiteren Temperaturanstieges mit teils katastrophalen Auswirkungen. Das Ziel der Beschränkung des Klimawandels kann noch erreicht werden. Aber wir müssen schnell und umfassend handeln, sonst steuern wir auf eine Erwärmung zu, die weitaus schlimmere Auswirkungen haben wird als das, was wir derzeit erleben.

(ChH)



Die Trockenheit des Jahres 2018 führte zu extremem Niedrigwasser der Flüsse. Hier die Saar am Hanweiler Wehr im Oktober.

Foto: Steffen Pötel

Tiere und Pflanzen im Saarland

Elf Jahre ist es her, dass das Wort „Klimakatastrophe“ zum Wort des Jahres gewählt wurde. Es ist also an der Zeit sich umzuschauen, wie die Katastrophe sich auf unsere Tier- und Pflanzenwelt auswirkt. In den Medien ist es meist ein recht menschenbezogenes Thema, von den Auswirkungen auf Pflanzen und Tiere hört man recht wenig. Der Eisbär ist vielleicht eine Ausnahme, ein ansprechendes Tier, und die Vorstellung von seinem Lebensraum ist recht einfach und einleuchtend.

Doch im Saarland? Richtig große Tiere, an denen man solche Effekte beobachten könnte, gibt es hier keine, doch bei Pflanzen sieht es schon anders aus. In der Tat sind es die Bäume, die uns einiges erzählen könnten. Allein durch ihr hohes Alter zeigen uns Bäume anhand ihrer Zuwachsringe den Klimawandel an. Eine 1.000-jährige Linde hat schon wärmere, aber auch kältere Klimaperioden erlebt. In manch einem Baum stecken noch Reste von Kanonenkugeln aus dem 30-jährigen Krieg. Während die Linden offensichtlich einiges verkraften können, sieht es bei der forstwirtschaftlich genutzten Fichte nicht gut aus. Viel Wärme in Kombination mit wenig Wasser macht der Baumart sehr zu schaffen. Dies ist leicht nachzuvollziehen, kommt sie doch von Natur aus in Deutschland nur in höheren Lagen vor, wo es nicht nur kühler ist, sondern auch häufiger regnet.



Südliche Eichenschrecke

Verschiebungen der Verbreitungsgrenzen der Arten, die häufig klimatische Ursachen haben, erfolgen bei Baumarten über große Zeiträume so langsam, dass ein Normalsterblicher sie nicht wahrnimmt. Bei Organismen, die eine rasche Generationenfolge besitzen, sind sie viel leichter zu beobachten. Verschiebungen der Verbreitungsgebiete sind seit langem bekannt. Immer wieder wird von „Wärmerelikten“ gesprochen. Damit sind die wärmeliebenden Arten, die in früheren wärmeren Perioden einwanderten, gemeint, oder von „Glazialrelikten“ aus der letzten Eiszeit, wobei man gar nicht so weit zurückgehen muss. Allein seit Beginn unserer Zeitrechnung hat es zwei Wärmephasen gegeben, die wärmer waren als das, was wir im Augenblick erleben, und auch zwei Kältephasen, eine zum Ende der Römerzeit nördlich der Alpen und die „Kleine Eiszeit“ im Mittelalter. Diese Schwankungen spiegeln sich auch heute noch in den Vorkommen einiger Tier- und Pflanzenarten wider. Oftmals fallen diejenigen Arten darunter, die den Status „sehr selten“ oder „sehr lokal vorkommend“ tragen.

Während von den Reinkarten der kalten Zeiten im Saarland verständlicherweise selten etwas zu hören und zu sehen ist, weil sie nahezu unbemerkt verschwinden, sind manche Arten, die durch steigende Temperaturen zunehmen, durchaus auffällig, schaffen es gelegentlich sogar bis in die Tagespresse. Insbesondere die tieferen Lagen werden vorzugsweise von den wärmeliebenden Arten erobert, wobei die Gottesanbeterin, die viele Saarländer nur aus dem Urlaub im Süden kennen, es im Jahr 2018 im nördlichen Saarland schon auf eine Höhe von 520 Meter NN geschafft hat. Unter den Nachtfaltern gibt es eine Art, deren neue größere Verbreitung uns im wahrsten Sinne des Wortes juckt. Es ist der EichenprozeSSIONsspinner, dessen Raupen heftig brennende Haare haben. Dieser unscheinbare Nachtfalter hat es seit dem Hitzejahr 2003 geschafft, sich im ganzen südlichen Saarland festzusetzen, und überall, wo in den Städten und Gemeinden Eichen stehen, muss alljährlich mit Sperrungen wegen der allergieauslösenden Raupen gerechnet werden.



Gottesanbeterin

Eine weitere auffällige Art ist das Taubenschwänzchen, zu dem in diesem Umweltmagazin ein eigener Artikel unter WANTED auf Seite 23 zu finden ist. In den letzten Wochen haben vermutlich einige Saarländer kleine grüne Heuschrecken, die zwar springen aber nicht fliegen können, aus ihrer Wohnung geworfen. Es handelt sich um die Südliche Eichenschrecke aus dem Mittelmeerraum, die zuerst mit Fahrzeugen nach Deutschland verschleppt wurde und sich in Anbetracht der höheren Temperaturen nun häuslich bei uns eingerichtet hat. Im Spätsommer kommt sie durch die Fenster in die beleuchteten Räume. Nicht alle im Zuge des Klimawandels bei uns eingewanderten Arten sind im Freiland zu finden. Während die Südliche Eichenschrecke nach ihrem Eindringen ins Haus offen auf der hellen Wand läuft, kann es durchaus sein, dass hinter dem Schrank schon der Feind lauert, der erst bei Dunkelheit zum Vorschein kommt, um an den Zimmerwänden auf Jagd nach kleinen Insekten zu gehen. Es ist der Spinnenläufer, der bei uns ausschließlich in Häusern lebt und im Mittelmehrraum als „Mückenfänger“ in den Häusern geduldet wird.

Steffen Potel

Wald im Klimawandel

Die Auswirkungen des Klimawandels auf den Wald als Ökosystem und Ort der Holzgewinnung ist ein recht neues Thema. Die Unsicherheiten bei den Prognosen, die Risiken, die auf uns zukommen, sind schwer einschätzbar, trotz allem ist eine gewisse Sensibilität zu diesem Thema bereits in der Politik angekommen.

Um sich der Problematik zu nähern, ist eine Beobachtung der Prozesse im Wald das erste Mittel der Wahl, birgt jedoch die Gefahr, dass man sprichwörtlich den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht. Wald, wie ihn jeder kennt, ist ein „ökologisches Gesamtwesen“, das seit sehr langen Zeiträumen seinen eigenen Regeln folgt. Auch heute noch leben Bäume, die aufgrund ihres Alters bereits ganz verschiedene Klimaszenarien überstanden haben. Die Effekte von Klimaveränderungen wirken ja nicht auf eine gleichmäßige Waldlandschaft, sondern auf ein vielfältiges Muster an Feuchtigkeitsverhältnissen, Wärmebedingungen, Expositionslagen etc., so dass kleinräumige Unterschiede durchaus größer sind, als sie sich durch klimatische Änderungen ergeben. Dies sind wichtige zu beachtende Rahmenbedingungen, bevor man aus Beobachtungen im Gelände große Schlüsse zieht. Sie führen u.U. bereits zu dem Ergebnis, dass Verschiebungen in der Baumartenzusammensetzung sich nicht zwangsläufig über große Distanzen erstrecken, sondern kleinräumig vor Ort. Der Wald selbst ist es, der diese Annahme stützt, wäre es anders, hätten wir aufgrund des Klimawandels der letzten beiden Jahrtausende in weiten Teilen keinen funktionierenden Wald mehr. Was auch zu beachten ist, der Wald schafft sein für ihn geeignetes „Waldklima“ selbst mit, solange man durch Nutzungseingriffe dies nicht grundlegend stört.

All diese Gedanken dürfen nicht verhindern, Waldveränderung durch Klimaveränderung als Thema wahrzunehmen und auch nicht als Modethema abzuwiegeln.

Eine Aufgabe, die jetzt auf die Forstwirtschaft zukommt, ist die Neubetrachtung dessen, was man unter „standortgerechter Baumauswahl“ versteht. Die forstwirtschaftliche Interpretation dieses Begriffes unterscheidet sich bislang von der eines Vegetationskundlers, ist von Seiten des Forstes eher an die Nährstoff- und Tragfähigkeit des Bodens gebunden. In vielen Geländesituationen wurden in der Vergangenheit Nutzholzarten angepflanzt, die zwar auf den Boden passten, aber von Natur aus nicht in die Gesamtsituation, bei der mehr ökologische Faktoren ins Spiel kommen. Dass die forstwirtschaftliche starke Ausdehnung der Fichte sich als problembelastet herausgestellt hat, ist in forstökologischen Fachkreisen anerkannt. Man muss aber feststellen, dass nicht jeder, der im Wald arbeitet, auch gleichzeitig ein „Forstökologe“ ist. Daraus folgt, dass es eine politische Verantwortung gibt, eine forstökologische zukunftsfähige Strategie zu entwickeln – Wald dient dem Gemeinwohl!

Wenn man die Akteursseite betrachtet, sieht man, dass es sich um ein buntes Gemisch aus Staats-, Kommunal- und Privatwäldern handelt und von einem Berufsbild, bei dem zahllose Einzelakteure unterwegs sind. Es ist somit unabdingbar, dass es eine Plattform

gibt, auf der effektiv die Information und Beratung vor Ort gebracht wird. Hinter diesen Informationen bedarf es einer forstfachökologischen Kompetenz, bei der u.U. sich die Forstpolitik selbst mit wissenschaftlicher Unterstützung nachrüsten bzw. den Schulterchluss suchen muss. Erkenntnisse aus anderen Regionen dürfen dabei jedoch nicht einfach auf das Saarland übertragen werden, weil zum Beispiel die Entwicklung von Niederschlägen und damit dem Feuchtigkeitsregime einer Landschaft eine hohe Bedeutung zukommt, und dieses ist noch nicht einmal im Saarland einheitlich. Alle Bundesländer haben in der Forstwirtschaft das Planungsinstrument der Forsteinrichtung. Dieses ist, bei entsprechender Ausrichtung, durchaus in der Lage, die forstwirtschaftlichen Änderungen bis auf die einzelne Fläche herunter abzubilden. Damit ist ein Planungsinstrument vorhanden, das auch bisher schon eingeführt ist, nun aber nicht nur über den Boden, sondern auch über die klimatischen Änderungen die Marschrichtung für die Waldnutzung vorgeben kann.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Art und Weise des waldbaulichen Konzepts. Hier hat das Saarland bereits einen echten Trumpf in der Hand, auf den von außerhalb schon etwas neidisch geschaut wird. Es sind dies die 30 Jahre naturgemäße Waldwirtschaft, die zumindest auf der Seite des flächengroßen Staatswaldes uns jetzt einen Vorteil beschere, der einer ganzen Förstergeneration gleichkommt. Naturgemäße Waldwirtschaft ohne Kahlschläge bedeutet eine Schonung des Waldklimas und unterstützt somit den Wald bei der Eigenregulation, die für eine Stabilität im Klimawandel so extrem wichtig ist. Dass wir im Saarland auch noch mit dem Prozessschutzrevier in Quierschied quasi ein „Forschungsrevier“ in Zeiten des Klimawandels haben, ist ein weiteres „Highlight“ (siehe S. 32). Ein weiterer Punkt in dieser Frage ist die tendenzielle Verschiebung der Baumartenzusammensetzung. Betrachtet man dies aus Sicht der Natur, handelt es sich um einen von selbst ablaufenden Veränderungsprozess, um den man sich – aus Sicht der Natur – keine Sorge machen muss, er hat schon immer stattgefunden. Jedoch rechnet die Forstwirtschaft langsam nicht mehr damit, dass wir die Klimaerwärmung unter 2°C halten können, und für Szenarien über 3°C fehlt uns in Mitteleuropa jegliche Erfahrung, darüber kann uns auch die Dendrologie (Erkenntnisse aus den Zuwachsringen der Bäume) keine Auskunft geben. Aus forstpolitischer Sicht erwächst daraus eine wichtige Frage, denn der Wald ist auch ein Produktionsort für Holz, das wir Menschen nutzen wollen, ja müssen, wenn wir unsere Verantwortung für den Wald nicht auf andere Staaten abschieben wollen. Die Steuerung der Baumartenwahl, die wir jetzt vornehmen, ist äußerst wichtig, da es sich um die Holznutzung des Waldes für die Generationen handelt, die in hundert oder mehr Jahren leben. Um nach augenblicklich besten Erkenntnissen dies bewerkstelligen zu können, ist der forschende Blick jetzt unter gezielten

Fragestellungen auf den Wald zu werfen, dabei sind die lokalklimatischen Situationen, die man für die Zukunft erwartet, an Standorten zu betrachten, an denen sie heute schon gelten. Dabei wird man leider mit einem hausgemachten Problem in der Forstwirtschaft kämpfen, und zwar in der Form, dass die meisten mitteleuropäischen Wälder hoffnungslos forstwirtschaftlich überformt sind. Dies ist zwar bedauerlich, es ist aber sinnlos darüber zu hadern, sollte nur anspornen, das Beste daraus zu machen. Bei der Betrachtung der möglichen Restwälder wird sofort klar, dass wir uns nicht um die Frage exotischer Arten von anderen Kontinenten kümmern müssen, die Baumarten, die bisher hier in Mitteleuropa vorkommen, haben alle größeren Klimaschwankungen in den letzten 2.000 Jahren unbeschadet überstanden. Lediglich das Waldbild hat sich verschoben, auch die Höhenzonierung in den Gebirgen. Dies ist z.B. in den Alpen historisch belegt. Im günstigsten Falle wird sich bei der Betrachtung herausstellen, dass die genetische Variabilität der Bäume so breit ist, dass sie die sich ändernden Verhältnisse durchaus abdeckt. Man wird sich u.U. von den „forstwirtschaftlichen Prachtbäumen“, die als Samenbäume genetisch weit verbreitet werden, verabschieden müssen, einerseits weil sich in ihnen die Wachstumsbedingungen der Vergangenheit widerspiegelt, andererseits weil damit einseitig genetisches Material auf Kosten der genetischen Variabilität verbreitet wird.

Ein wichtiger Punkt zu Auswirkungen des Klimawandels auf den Wald hat mit dem Wald selbst nichts zu tun. Es ist die Verbesserung der Prognosen, wohin die Reise beim Klimawandel geht. Diese darf sich nicht in großflächigen Erscheinungen erschöpfen, sondern es geht hier um die differenzierten Änderungen in der Region.

Um für Veränderungen in der Zukunft gewappnet zu sein, sind Schutzgebietskonzepte notwendig. Da man in unserer Gesellschaft nicht einfach etwas sich selbst überlassen kann, muss man dies in formale Rahmen einbetten. Hierbei gibt es zwei völlig verschiedene Ansätze. Der eine beinhaltet den Schutz als Totalschutz in eingeschränkten Gebieten und darüber hinaus keine weiteren Beschränkungen, der andere geht davon aus, dass der gesamte Wald in einer Form bewirtschaftet wird, bei dem der Schutz für die Zukunft in der Bewirtschaftung flächendeckend integriert wird. Der erste Ansatz wird vom Autor vollständig abgelehnt, wird aber international häufig begangen. Der Weg, den die saarländische Forstwirtschaft eingeschlagen hat, entspricht nahezu dem zweiten Ansatz, wird jetzt mit dem forstwirtschaftlichen Leitfaden zur saarländischen Biodiversitätsstrategie noch einmal ein gutes Stück vorangebracht. Wichtig ist dabei jedoch, dass die reale Umsetzung nicht erst über einen Generationswechsel in der Forstwirtschaft erfolgt, sondern durch gezielte Schulung vor Ort gebracht wird.

Ein interessanter Diskussionspunkt ist, dass auch der Naturschutz „ein paar Federn“ lassen muss. Wald nur unter der „Käseglocke“ des Naturschutzes und möglichst ohne viel zu nutzen, ist aus globaler Verantwortung nicht vertretbar. Aus dieser Perspektive ergibt sich die gesellschaftliche Aufgabe, unsere Nutzung von Holz so umzuorientieren, dass wir möglichst mit dem in unseren nationalen Grenzen nachwachsenden Holzmenge für all unsere Bedürfnisse auskommen. Hierzu bedarf es einer Neuorientierung der Holzverwendung. So wie man immer sagt, Erdöl ist als Rohstoff viel zu schade, um es als Qualm aus dem Auspuff zu jagen, müssen wir uns auch



Foto: Dr. Martin Lillig

fragen, ob wir mit Holz Energie gewinnen wollen, ob wir Papier- und Pappprodukte herstellen wollen, die keine 24 Stunden in Gebrauch sind etc. Waldschutz im Zeichen des Klimawandels findet nicht nur im Wald statt, sondern auf der gesamten politischen Bühne, im Handeln jedes einzelnen. Optimal und mit dem geringsten „gesellschaftlichen Stress“ geht dies Hand in Hand.

Steffen Potel

Alles im grünen Bereich?

Nicht zuletzt durch das Wettergeschehen in den letzten Monaten und den Bericht des Weltklimarates sind die Themen Klimawandel und Klimaschutz wieder in den Blickpunkt gerückt. Ein Handeln auf allen Ebenen ist erforderlich, wenn wir die Auswirkungen des Klimawandels begrenzen wollen. Wie sieht es im Saarland aus, ist beim Klimaschutz alles im grünen Bereich?

Will man eine Bilanz ziehen und die Klimaschutzpolitik der Landesregierung bewerten, so fällt das nicht so leicht. Einerseits will man die erneuerbaren Energien weiter ausbauen und man hat in den letzten Jahren auch im Vergleich zu anderen Ländern aufgeholt. Rund 18 Prozent beträgt der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch mittlerweile. Das Ziel liegt bei 20 Prozent bis 2020, und dann? 80 Prozent kommen dann noch aus fossilen Energiequellen. Die Weichen müssen also weiter für einen forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien und eine Reduzierung unseres Energieverbrauches gestellt werden, will man den letzten Platz beim Länderranking der Agentur für erneuerbare Energien verlassen.

Andererseits scheint man weiter an der Kohleverstromung zu hängen, obwohl im Saarland schon seit 2012 keine Steinkohle mehr gefördert wird. Irritierend war dabei die Kritik an der Arbeit der so genannten „Kohlekommission“, die Wirtschaftsministerin Rehlinger zusammen mit anderen Wirtschaftsministern geäußert hatte. Gewarnt wurde vor einem schnellen Ausstieg aus der Kohlenutzung. Die

Kommission soll bis Ende des Jahres einen Plan ausarbeiten, bis wann man aus der Verstromung der Kohle aussteigt. Und nicht zu vergessen ist auch die Änderung des Landeswaldgesetzes, die die Windkraftnutzung auf Waldflächen des Landes einschränken soll. Mit dieser Gesetzesänderung hat man jedoch genau die Kräfte gestärkt, die gegen eine Energiewende und den Ausbau der erneuerbaren Energien sind. Da scheint es auch ins Bild zu passen, dass bei der letzten Runde des Energiebeirates in diesem Jahr der Vorsitzende des Vereines „Gegenwind Saar“ als Schlussredner im Beisein der Ministerin unwidersprochen minutenlang darüber schwadronierte, dass der Klimawandel (wenn es ihn denn überhaupt gebe) nicht menschengemacht sei und wie unsinnig im Grunde genommen Maßnahmen des Klimaschutzes seien. Nicht wenige im Energiebeirat haben sich da verwundert die Augen gerieben.

Bekennnis zum Klimaschutz

Was fehlt, ist ein klares Bekenntnis und eine Strategie zum Klimaschutz. Was könnte da besser geeignet sein, die bestehenden Maßnahmen und Konzepte zu bündeln, als ein Klimaschutzgesetz? Sogar auf Bundesebene hat man sich in der großen Koalition auf die Erarbeitung eines solchen Konzeptes verständigt. Im Saarland jedoch Fehlanzeige, hier weigert man sich beharrlich.

Auch was den Ausbau der erneuerbaren Energien angeht, braucht es neue Impulse. Bei der Windkraftnutzung hat man in den letzten Jahren einen Sprung nach vorne gemacht. Aber es gibt noch weitere Potenziale, die von ihrem Umfang zwar nicht mehr so groß sind, aber dennoch erschlossen werden sollten. Auch bei der Solarstromerzeugung erwartet der BUND einen weiteren Aufschwung. Neben dem Ermöglichen des Baus von Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten, müssen endlich auch die Potenziale auf unseren Dächern und befestigten Plätzen erschlossen werden.

Auch die Rolle der Kommunen beim Klimaschutz muss weiter gestärkt werden. Bestehende Förderprogramme wie das Zukunftsenergieprogramm (ZEP) Kommunal müssen weitergeführt werden. Auch was Investitionen in den Klimaschutz angeht, muss das Land die Kommunen stärken. Geht es doch hier in der Regel um so genannte rentierliche Maßnahmen, die neben dem Klimaschutzeffekt auch die Unterhaltungskosten bei den Kommunen reduzieren können. Und auch andere Bereiche wie Mobilität oder Wärme müssen wieder stärker in den Fokus gerückt werden. Bei der Gebäudedämmung liegt die Sanierungsquote unter einem Prozent, für einen wirksamen Klimaschutz erforderlich wären aber zwei bis drei Prozent.

(ChH)



Foto: Dr. Martin Lillig

Kraftwerk Fenne.

Klimawandel – Synergetisch. Aktiv. Akteursbezogen. Regional.

Das BMU-Projekt Klima SAAR thematisiert die kumulativen Wirkungen und Wechselwirkungen des Klimawandels, des demografischen Wandels sowie des wirtschaftlichen Wandels am Beispiel des Saarpfalz-Kreises und des Regionalverbands Saarbrücken und stellt die sich daraus ergebenden Herausforderungen für verschiedene Handlungsfelder dar.

? Ist der Klimawandel schon im Saarland angekommen und messbar?

! Die Folgen des Klimawandels sind auch im Saarland bereits in vielen Bereichen spürbar. Der Deutsche Wetterdienst hat die Veränderungen aufgezeichnet und Prognosen für die zukünftige Entwicklung des Klimas, die wir auch im Vorhaben nutzen, erstellt. Zu den Folgen zählen der Anstieg der Jahres-Mitteltemperaturen und die Zunahme der heißen Tage (> 30°C) sowie der Rückgang der Jahres-Niederschlagssumme, wobei die Sommer trockener und die Winter feuchter werden. In jüngster Vergangenheit haben punktuell auftretende Starkregenereignisse einige saarländische Kommunen stark gefordert.

? Neben der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zur Reduktion der Treibhausgase rücken immer stärker Maßnahmen zur Klimaanpassung in den Blickpunkt, mit denen Sie sich ja auch in dem Projekt beschäftigen. In welchen Bereichen müssen wir uns anpassen?

! Klimawandelanpassung ist ein Querschnittsthema, das viele Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens betrifft. Eine vorausschauende Planung kann zur Abmilderung der Ereignisse beitragen und helfen, Zielkonflikte zwischen Klimaschutz und Anpassung zu vermeiden. Das Vorhaben Klima SAAR beschäftigt sich mit den vier ausgewählten Handlungsfeldern Ver- und Entsorgung, Wasserwirtschaft, Siedlungswesen und Verkehr sowie Land- und Forstwirtschaft. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Betroffenheit und Anpassung sensibler Nutzungen und kritischer Infrastrukturen gelegt. Weitere Handlungsbedarfe ergeben sich u.a. im Hinblick auf die Biodiversität und den Naturschutz sowie auf die menschliche Gesundheit.

? Was ist bisher in dem Projekt gelaufen, gibt es schon Ergebnisse?

! Das Vorhaben zielt in erster Linie auf die Vernetzung der relevanten Akteure ab, um ein gemeinsames Planen und Handeln anzuregen. Daher hat bereits ein intensiver Austausch mit vielen Akteuren stattgefunden, auch, um bereits bestehendes Wissen zu erfassen. Daraus haben sich erste Bestrebungen zur Kooperation ergeben. Darüber hinaus wurden wesentliche Daten und Informationen in thematischen Karten zusammengestellt, um die Betroffenheit der betrachteten Handlungsfelder und prioritäre Handlungsbedarfe herauszustellen. Im weiteren Verlauf des Vorhabens werden in Zusammenarbeit mit den Akteuren Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel erarbeitet.

? Können Sie schon konkrete Beispiele nennen, wo und wie wir uns anpassen können und müssen?

! Anpassungsmaßnahmen sind vielfältig, kontextabhängig und betreffen häufig mehrere Handlungsebenen; dazu gehören sowohl Maßnahmen, die in den Aufgabenbereich der Kommunen und des Landes fallen, als auch jene zur Eigenvorsorge privater Haushalte.

Die Entsiegelung von Freiflächen sowie Maßnahmen zur Regenrückhaltung können Überflutungen in Folge von Starkregen entgegenwirken. Durch Veränderungen der Wald- und Bodenbewirtschaftung können nicht nur erosionsgefährdete Waldstandorte und landwirtschaftlich genutzte Flächen gesichert, sondern auch Siedlungsräume geschützt werden. Zum Management von Flusshochwasser gehören neben technischen Maßnahmen auch Maßnahmen der Flächenvorsorge und die Vorhaltung natürlicher Retentionsräume.

Die Auswirkungen von Hitze – auch auf die menschliche Gesundheit – werden häufig unterschätzt. Besonders in dichten städtischen Quartieren kann durch eine Erhöhung des Grünanteils der Bildung von Hitzeinseln gegengesteuert werden. Die Erwärmung wirkt sich auch auf die Land- und Forstwirtschaft aus: Verschiedene Baumarten und landwirtschaftliche Kulturen leiden bereits unter Hitze- und Trockenstress und könnten zukünftig durch weniger anspruchsvolle Arten ersetzt werden. Extremwetterereignisse, einschließlich Hitze, stellen ein Risiko für die technische Ver- und Entsorgung sowie für die Verkehrsinfrastruktur dar; hier müssen Maßnahmen zur Sicherung der Anlagen und zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit ergriffen werden.

Vielen Dank an das Team des Arbeitsfelds „Infrastruktur und Kommunalentwicklung“ der IZES gGmbH für das Gespräch. (red.)

Förderung Projekt Klima SAAR:

Gefördert durch:



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

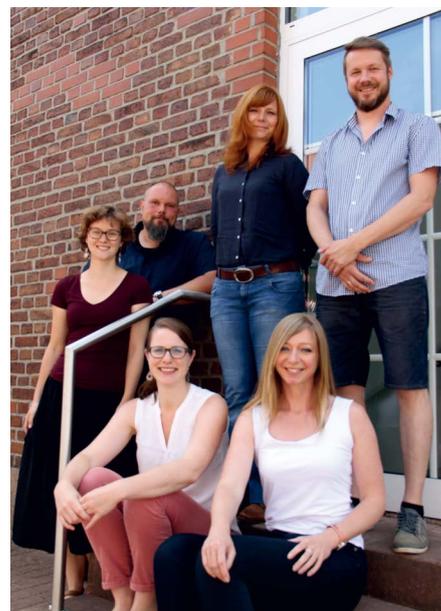


Foto: IZES

Appell: Mehr Gestaltungswille und eine neue
Prioritätensetzung in der Verkehrspolitik!

Verkehrswende Saarland. Jetzt!

Zunehmende Dürre, Stürme, Starkregen: So extrem wie 2018 haben wir es in unseren Gärten, bei Fluten in Kleinblittersdorf/Bliesransbach und unterwegs mit blockierten Bahngleisen, Straßen und Flughäfen noch kaum erlebt. Emissionen aus dem Verkehr sind ein Treiber des Klimawandels, von Gesundheitsschäden und Überdüngung. Während außerhalb des Saarlandes die notwendige Verkehrswende eher ein Umsetzungs- als ein Erkenntnisproblem ist, müssen wir uns fragen, ob die saarländische Politik in Landtag und Landesregierung die Zeichen der Zeit erkannt hat.

Ein Zeichen setzten die Vorsitzenden von ADFC und VCD anlässlich des runden Tisches Mobilität im Oktober auch im Namen von BUND und NABU. Sie übergaben an Verkehrsministerin Anke Rehlinger die gemeinsame Verbände-Resolution Verkehrswende Saarland. Jetzt! Als symbolisches Geschenk erhielt sie zusätzlich den „Verkehrswender“, ein modifizierter Pfannenwender mit der Botschaft: „Sie können es drehen und wenden ...“.

Anlass dieser Klatsche für die Ministerin ist die Skepsis der Umwelt-, Fahrgast- und Verkehrsverbände zur politischen Ausrichtung der saarländischen Verkehrspolitik. Sie kritisieren die Fortschritte im Ausbau von Alternativen im Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehr als unzureichend und bemängeln das Festhalten am Mantra vom „Saarland – Autoland“. Dieser SPD-Slogan aus den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts steht für die umweltschädliche Ausprägung der saarländischen Verkehrspolitik mit einer Dominanz des Autos und weltrekordverdächtigen Negativzahlen. Nirgendwo sonst sind solche Peinlichkeiten zu beklagen wie eine Autodichte mit über 700 Kraftfahrzeugen/1.000 Einwohnern, höchste Straßendichte, geringster Anteil barrierefreier Haltestellen bei Bus und Bahn, niedrigster Fahrradanteil aller Bundesländer und die entsprechenden Folgen bei Sicherheit, Aufenthaltsqualität in unseren Städten und Dörfern, Schadstoffen und Lärm, Klimawandel; Fußverkehr als marginale Restgröße ...

Die große Mehrheit der Bürger wünscht sich Umfragen des Umweltbundesamtes zufolge lebenswerte Städte und Alternativen zum Auto. Anstelle handfester Gegenmaßnahmen im Sinne einer Verkehrswende subventioniert das zuständige Ministerium jedoch weiterhin genau jene Verkehrsträger und Industriebranchen, die die Umweltmisere verschärfen: Aus der Landeskasse fließen jährlich Millionenbeträge in den Flughafen Ensheim, um dessen fehlende Existenzgrundlage auszugleichen. Das entspricht rund 20 € Fördergeld je Fluggast (!) ab Saarbrücken. 1,5 Millionen erhält zusätzlich eine München-Fluglinie als Werbekostenzuschuss. Mehrere Millionen sollen aus der Landeskasse in eine touristische Haldenbergbahn an der Grube Reden fließen, während der Bau eines Fußgängerstegs zum nahen Bahn-Haltepunkt nicht vorankommt. Ende Oktober bot das Ministerium sogar eine Beteiligung bis zu 40 Millionen, um die Brebacher Gießerei am Leben zu halten. Letztere produziert nicht etwa Teile für emissionsfreie Verkehrsmittel, sondern Motorblöcke für Fahrzeuge mit Verbrennungsantrieb. – Welche Zukunft haben solche und andere saarländische Industrieprodukte wie Schaltgetriebe und Dieseleinspritzpumpen?

Gäbe es eine Orientierung an Geboten nachhaltiger Wirtschaftspolitik und der Umweltvorsorge – allen voran die Klimaschutzziele von Paris –, so würde Frau Rehlinger die knappen Gelder aus der Landeskasse eher in Maßnahmen zum industriellen Umbau und zum Ausbau von Bus-, Bahn-, Fuß- und Fahrradinfrastruktur sowie entsprechender Angebote stecken. Eine solche Zielsetzung des Ministeriums oder des Landtags im Saarland ist jedoch nicht erkennbar.

Andere Regionen wie Luxemburg oder das Land Berlin haben längst eigenständige Strategien und sogar Gesetze verabschiedet, um die Verkehrswende mit klaren Zielen zu untermauern. Im Saarland kommt ein neuer Verkehrsentwicklungsplan nicht voran – und das schon seit Jahrzehnten. Es arbeitet weiterhin plan- und ziellos unter Billigung durch den verkehrspolitisch unauffälligen Landtag.



Das Saarland darf den Anschluss bei der Verkehrswende nicht verpassen!

Gerade beim Bahnverkehr tritt Rehlinger so unbedarft auf, als ob sie Verkehr nur aus der Perspektive der Windschutzscheibe kenne. Denn das, was Bahnfahrer*innen und Fernreisende vom und ins Saarland alltäglich angesichts überfüllter Züge, maroder und gar fehlender Bahnhöfe, dem Saarland als Schlusslicht in der Barrierefreiheit, Tarifchaos und Fahrplan-Defiziten durchmachen, scheint ihr ebenso wenig vertraut wie der hohe Handlungsbedarf im Güterverkehr.



Gleisanschlüsse für Industriebetriebe und Güterbahnhöfe sind quasi verschwunden. Mehr als 123 Kilometer des saarländischen Bahnstreckennetzes wurden seit 1994 stillgelegt. Weitere Eisenbahnstrecken verrotten, statt dass sie für neue Angebote genutzt werden, so zum Beispiel die linke Saartalstrecke. Jetzt steht auch noch die Schließung einer der drei verbliebenen Verbindungsstrecken nach Frankreich bevor. Im Grenzabschnitt von nur 900 Metern Länge steht der Strecke zwischen Dillingen und Bouzonville (– Thionville – Luxemburg) die Stilllegung bevor. Obgleich die Saar-Wirtschaft mit mehreren Unternehmen unmittelbar betroffen ist, engagiert sich das zuständige Ministerium gerade einmal mit einer „Trassensicherung“. Diese mag zwar den Abbau der Gleise verhindern; das Kappen des grenzüberschreitenden Betriebes käme aber doch. Gerade hier fehlt es an grenzüberschreitender Koordination für Zusammenarbeit und gemeinsame Investitionen insbesondere für eine moderne Betriebsausrüstung der Strecke. Ähnlich ist es auch bei den Direktverbindungen nach Metz und Strasbourg: Infolge unzureichender Absprachen mit den Nachbarn in Frankreich sind umsteigefreie Verbindungen nur noch sporadisch vorhanden. Ist das die Frankreich-Strategie des Saarlandes?

Dabei ist der finanzielle Handlungsspielraum entgegen aller Verlautbarungen der Ministerin so groß wie noch nie. Die jährlichen Zuwendungen des Bundes an das Saarland für den Schienenpersonenverkehr sind um 8 Prozent auf 105,6 Millionen Euro gestiegen. Nicht erkennbar ist, wozu das Saarland den Geldzuwachs verwenden möchte. Laut Bericht der Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 19/3395) blieben 2016 sogar Restmittel in Höhe von 15 Millionen Euro übrig.

Mit diesem finanziellen Polster sollte es möglich sein, einerseits die grenzüberschreitende Niedtalbahn mit Zügen bis Bouzonville attraktiv zu gestalten und den Betrieb zu sichern (ca. 0,5 Millionen Euro/Jahr). Auch neue Angebote wie Direktzüge zwischen Neunkirchen und Mannheim („Flügel-Süwex“) wären möglich. Letzteres käme über 100.000 Einwohnern im Raum Neunkirchen/Illingen/Ottweiler zugute, die dann nicht mehr um ihren Anschlusszug in Homburg zu bangen bräuchten.

Auch dem viel beklagten Waben-Fahrpreis-System des saarländischen Verkehrsverbundes darf mit Unterstützung aus den Bundesgeldern eine Neugestaltung widerfahren. Die viel zu kleinen Tarif-Waben, darunter Schikane-Waben ohne Haltestellen, sollten endlich zumindest auf Gemeinde-Größe geändert werden oder zugunsten eines gerechteren, entfernungsabhängigen Prinzips à la Nachbar-Verkehrsverbund (VRN) ganz der Vergangenheit angehören. Vorbild sind 365-Euro-Tickets für Schüler nach dem Motto „Ein Jahr, ein Land, ein Ticket“ und am besten gleich auch als Handy- beziehungsweise Smartphone-Ticket verfügbar.

Die Erfolgsgeschichten aus den anderen Bundesländern und Nachbarregionen beim Rad- und Bahnverkehr zeigen es: Radschnellwege, reaktivierte Strecken, Elektromobilität gerade im ÖPNV und Zweiradbereich boomen europaweit. Zum Rad- und Bahnverkehr geben

die Verbände in ihrer Resolution der Ministerin daher einen Katalog von Maßnahmen an die Hand, um die Verkehrswende im Saarland merkbar zu gestalten.

Vorrangwege für den Alltagsradverkehr liegen z.B. in der Kompetenz des Landes mit seinem „Landesbetrieb für Straßenbau“. Er ist schon vom Namen her kein Symbol für die Verkehrswende oder den Neuanfang. Sein Image könnte er aber durch richtungsweisende Maßnahmen für attraktive Radwege leicht aufpolieren. Insbesondere zwischen den Ortschaften gibt es dazu unzweifelhaft Handlungsbedarf bei der Radinfrastruktur. Ein Engagement ist hier ebenso wichtig wie im kommunalen Rahmen zur Neuaufteilung des Straßenraumes.

Bisher wirkt das Interesse der Ministerin, die Zustände nachhaltig zu ändern, für uns Bürgerinnen und Bürger sehr verhalten. Ihre Botschaft, es sei ja alles zu teuer und niemand nutze es, gerade der Bahnverkehr, ist inakzeptabel. Das Saarland fährt den europäischen Trends und dem globalen Gebot angesichts des Klimawandels mit angezogener Handbremse hinterher oder gar nicht erst richtig los. Vielversprechende Projekte werden gebremst, gestoppt oder bleiben ohne Unterstützung. Als Beispiele seien die Streckenreaktivierung Homburg–Zweibrücken genannt, das Stadtbahnprojekt des Eurodistricts Saarbrücken–Forbach, die Elektrifizierung der Illtal- und Nahetalbahn, die ewige Begutachtung von Tarifsystemen, der Kaiserradweg Homburg–Saarbrücken, der Umbau des saarVV vom Tarif- zum Mobilitätsverbund ...



Ganz besonders ärgerlich ist, dass das Saarland die bei EU und Bund üppig vorhandenen Fördergelder in keiner Weise abgreift. Mittel für Elektrifizierung von Bahnstrecken, darunter die Lückenschlüsse auf der Niedtalbahn, auf der Nahetalbahn zum Flughafen Frankfurt, auf der Illtalbahn, stehen nur bereit, wenn es auch Anträge an die Geldgeber gibt. Da haben wir in unserem Land noch ein großes Potenzial, zumal zur Vergabe von EU-Mitteln seine Lage an der Grenze ein Trumpf ist.

Derweil staunen wir darüber, wie problemlos Straßenbauprojekte (Nordsaarlandstraße, Südumfahrung Riegelsberg, Homburg-Süd), die Flugverkehrsförderung, ja sogar eine touristische Haldenbergbahn oder gar Bürgschaften für marode Gießereien möglich sind. Die gleiche Schnelligkeit, Entscheidungsfreude und Finanzkraft wünschen wir uns von einer ehemaligen Umweltministerin für die Verkehrswende.

Die aktuelle Prioritätensetzung in der saarländischen Verkehrspolitik ist daher falsch. Anke Rehlinger muss sie ändern, gerade unter den Gesichtspunkten Klima- und Umweltvorsorge. Nähe Rehlinger den Volkswillen ernst, würde sie eine Neuausrichtung ihrer Politik anstoßen. Andernfalls wissen die Wähler in Kontinuität der Ergebnisse der Landtagswahlen von Bayern und Hessen mit ganz anderen Klatschen umzugehen.

VCD-Vorstandsvize Dr. Werner M. Ried



Foto: Ried

www.bund-saar.de/service/meldungen/detail/news/verkehrswende-saarland-jetzt/